



Mitteilungsvorlage

Organisationseinheit Straßenbauamt	Datum 05.08.2020	Drucksachen-Nr. 2020/146
---------------------------------------	---------------------	------------------------------------

↓ Beratungsfolge Technischer und Umweltausschuss	↓ Sitzungsart öffentlich	↓ Sitzungstermin/e 02.11.2020
---	-----------------------------	----------------------------------

Tagesordnungspunkt 2

**K 6100 Neubau eines Radweges;
Alternativen zum Neubau eines Radweges**

Sachverhalt

Seit langem wird ein Radweg entlang der K 6100 (Dettelbach) gewünscht, da vor allem im Sommer durch den Bodenseetourismus in größerer Anzahl Radfahrer die Straße als Radweg nutzen, auch wenn dieser nicht Bestandteil der offiziellen Strecke des Bodenseeradweges des ADFC ist und auch so nicht ausgeschildert wird. Im Radwegenetzkonzept des Landkreises wird der Abschnitt jeweils dem Kreisnetz zugeordnet, im darunter gegliederten sogenannten Alltagsnetz wird es als Ergänzungsnetz gesehen.

Im TUA vom 14. September 2020 wurde entschieden, die bauliche Umsetzung eines Radweges nicht weiter zu verfolgen. Dies aufgrund der enormen Eingriffe in die Schutzkulisse des Dettelbachtals und den prognostizierten Kosten von über 10 Mio. EUR.

Im Ausschuss wurde daraufhin beschlossen, nicht-bauliche bzw. verkehrsbehördliche Lösungen zu suchen.

Für verkehrsbehördliche Angelegenheiten sind die Verkehrsbehörden zuständig, aufgrund überschreitender Gemarkungsgrenzen sind dies die Behörden der Stadt Stockach sowie der Stadt Radolfzell. Beide Behörden müssten eine gemeinsame Lösung erarbeiten.

Ein wichtiges Entscheidungskriterium ist hierbei, ob die K6100 nach §3 Straßengesetz auch tatsächlich eine Kreisstraßenfunktion hat und welche verkehrliche Belastungen die Straße jetzt und in Zukunft aufweist. Hierzu wurde ein Gutachten im Juli 2020 beauftragt, welches seit Mitte Oktober vorliegt. Den Verkehrsbehörden wird dieses Gutachten umgehend zur Verfügung gestellt. Dem TUA werden die Ergebnisse des Gutachtens in dieser Sitzung vorgestellt.

In einem informellen Termin mit den Verkehrsbehörden wurden bereits im Juli einige potentielle nicht-bauliche Lösungen erörtert. So wurden z. B. Tempo 30, Beschränkung Schwerverkehr, Sperrung für Kfz und/oder Radfahrer, Einziehung der Straße und Einbahnregelungen besprochen. Ziel ist es, dass die Verkehrsbehörden im Rahmen einer Verkehrsschau diese Punkte aufgreifen und straßenverkehrsrechtliche Lösung erarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlagen

keine